

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 26.05.1994

Nummer: 28/1994.05 eingereicht am 29.03.1994

Antragsgegenstand: **Gefahrenquelle Atomkraftwerk Biblis**

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung richtet folgenden Appell an den Betreiber des Atomkraftwerks Biblis RWE und den Bundesumweltminister Töpfer:

"Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert an den Betreiber RWE und Umweltminister Klaus Töpfer, Block A des Atomkraftwerkes Biblis endgültig abzuschalten

Seit vielen Jahren bestehen beim Atomkraftwerk Biblis, Block A, wesentliche Sicherheitsdefizite, die zu einer Schmelze des Reaktorkerns führen können. Dazu zählen: Mangelnder Brandschutz sowie fehlende Erdbebensicherheit wichtiger Bereiche. Bei starkem Kühlmittelverlust kann Knallgas zu Explosionen und Bränden im Sicherheitsbehälter führen. Der Schutz gegen Flugzeugabstürze, Tankerexplosionen und Terroranschläge ist ungenügend. Eine Notstandswarte fehlt. Jeder einzelne nicht beseitigte Mangel stellt ein erhöhtes Risiko dar. Kommen die bisher zahlreich aufgetretenen menschlichen Fehler sowie technische Ausfälle hinzu, ist ein GAU mit unvorstellbaren Folgen in unserer dichtbesiedelten Region vorprogrammiert. Die Gemeinde Bickenbach wäre davon aufgrund der geringen Entfernung existenziell betroffen.

Das für die notwendige Nachrüstung des 20 Jahre alten Blocks eingesparte Kapital ist weit sinnvoller bei verbrauchernahen Energiegewinnungsanlagen der Kraft-Wärme-Kopplung mit sehr guten Wirkungsgraden, Programmen der Energieeinsparung, dem Ausbau der "regenerativen" Energien usw. einzusetzen. Dieser Umbau würde zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und das Risiko eines katastrophalen Störfalls würde gemindert.

Die Stilllegung des Blocks A darf nicht nur unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Es handelt sich um eine gesellschaftspolitische Frage von allergrößter Bedeutung. Hier tragen wir alle Verantwortung auch für die kommenden Generationen."

Begründung:

(-ergibt sich aus dem Inhalt der Resolution-)

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 14.07.1994

Nummer: 34/1994.07 eingereicht am 12.07.1994

Antragsgegenstand: **Sicherheit des Atomkraftwerks Biblis**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlußvorschlag der Fraktion der CDU zur Sicherheit des Atomkraftwerks Biblis (GVG-Vorlage I - 053/94) wird wie folgt geändert:

Der letzte Halbsatz unter Punkt 1. wird ersetzt durch:
... umgehend dafür zu sorgen, daß "das Atomkraftwerk Biblis schnellstmöglich stillgelegt wird."

Die Punkte 2. und 3. sind ersatzlos zu streichen.

Begründung:

(mündlich)

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 29.04.1999

Nummer: 48/1999.04 eingereicht am 11.03.1999

Antragsgegenstand: **Meßstelle zur radiologischen Überwachung**

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert an das Land Hessen, den Standort der unabhängige Meßstelle zur radiologischen Überwachung des Atomkraftwerkes Biblis und der Hanauer Nuklearbetriebe in Darmstadt zu erhalten.

Die Gemeindevertretung bittet den Kreistag Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt, sich beim Land Hessen ebenfalls für dieses Ziel einzusetzen.

Begründung:

Der örtliche Personalrat der Hessischen Landesanstalt für Umwelt -Außenstelle Darmstadt- befürchtet eine unverhältnismäßige Entscheidung und führt dazu aus:

"Im Rahmen der Verwaltungsreform hat das Land Hessen seine Laborkapazitäten durch die Consulting-Firma BDO auf mögliche Einsparmöglichkeiten untersuchen lassen. Untersucht wurde auch die in Darmstadt ansässige unabhängige Meßstelle zur radiologischen Überwachung des Kernkraftwerkes Biblis und der Hanauer Nuklearbetriebe, einer Außenstelle der Hessischen Landesanstalt für Umwelt. In einem ersten Zwischenbericht wurde diese Meßstelle als gut bis sehr gut ausgerüstet eingestuft, die Lage in Darmstadt wurde als optimal geeignet für die Überwachungszwecke bezeichnet. Im Entwurf des Schlußberichts sieht es dann aber ganz anders aus. Der Gutachter empfiehlt, alle in Hessen anfallenden Radioaktivitätsmessungen von der Außenstelle der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Kassel durchführen zu lassen.

Die Darmstädter Meßstelle wurde 1981 vom damals für die Atomaufsicht zuständigen Wirtschaftsministerium gegründet. In den ersten Jahren des Betriebes des Kernkraftwerkes in Biblis hatte sich gezeigt, daß ein standortnahes radiologisches Labor notwendig ist. Bei betrieblichen Störungen und besonders bei größeren Störfällen ist es wichtig, daß schnell Messungen einer unabhängigen Meßstelle möglich sind, sonst ist die Aufsicht zu lange von den Angaben des Betreibers abhängig. Auch für die

Routineüberwachung ist ein standortnahes Labor günstig. Bei einer Anfahrsstrecke von mehr als 250 Kilometern ist die notwendige zeitliche Dichte der Proben und die ebenso notwendige zeitliche Nähe von Probenahme und Messung nicht mehr möglich.

Die Meßstelle steht auch bei Zwischenfällen mit radioaktiven Stoffe zur Verfügung. Bei zahlreichen Funden oder Verlusten radioaktiver Stoffe haben sich die Mitarbeiter der Meßstelle und ihre technische Ausrüstung sehr gut bewährt. Die Wahrscheinlichkeit für solche Zwischenfälle ist in Südhessen viel größer als in der Kasseler Gegend. Über 80% aller Stellen, die mit radioaktiven Stoffen umgehen, befinden sich im Rhein-Main-Gebiet, außerdem ist der Frankfurter Flughafen einer der wichtigsten Umschlagsplätze für radioaktive Fracht.

In den Hanauer Nuklearbetrieben befinden sich auch nach deren Stilllegung noch große Mengen Kernbrennstoffe, im Plutoniumbereich findet noch für einige Zeit der Leerfahrbetrieb statt. Die regelmäßige Überwachung muß deswegen noch für einige Jahre bleiben, auch die Gefahr von Störfällen ist noch nicht beseitigt. Das Kernkraftwerk Biblis müßte auch nach einer eventuellen Stilllegung noch so lange überwacht werden, wie sich dort nuklearer Brennstoff befindet.

Durch die Darmstädter Meßstelle entstehen dem Land Hessen nur geringe Kosten. Die Überwachung kerntechnischer Anlagen muß von den Betreibern dieser Anlagen bezahlt werden. Die Kosten der Messungen werden über Gebühren vom Kernkraftwerk Biblis und den Hanauer Nuklearbetrieben eingezogen. Einsparungen auf diesem Gebiet müßten über eine Gebührensenkung an die Betreiber weitergegeben werden. Das Atomgesetz sieht zwar eine Kostendeckung vor, erlaubt aber keine Gewinne aus dieser Tätigkeit.

Durch die Auflösung der Darmstädter Meßstelle wären zwar nur 13 Arbeitsplätze betroffen, die Meßstelle hat aber eine große Bedeutung für die Sicherheit der hiesigen Bevölkerung bei Unfällen im Kernkraftwerk Biblis, in den Hanauer Nuklearbetrieben und beim sonstigen Umgang mit radioaktiven Stoffen."

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 29.04.1999

Nummer: 54/1999.04 eingereicht am 14.04.1999

Antragsgegenstand: **Atomreaktor Biblis Block A**

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert an die neue Hessische Landesregierung, die Stilllegung des Atomreaktors -Block A- in Biblis unverzüglich zu verfügen.

Block A in Biblis wird seit über 25 Jahren betrieben. Nur wenige technisch aufwendige Anlagen werden über 25 Jahre im wesentlichen unverändert genutzt. Welcher KFZ-Halter fährt ein Kraftfahrzeug länger als 25 Jahre, ohne daß die technische Überwachung das Gefährt aus dem Verkehr zieht. Um wieviel gefährlicher ist der Weiterbetrieb einer so hochkomplizierten und dementsprechend anfälligen Anlage. Jede Diskussion über Restlaufzeiten erscheint in diesem Zusammenhang rein ökonomisch motiviert, Sicherheitsbedürfnisse der Menschen spielen bestenfalls nachgeordnet eine Rolle. Angesichts der möglichen Folgen eines technischen oder menschlichen Versagens im Atomkraftwerk scheint dies unverhältnismäßig.

Die kürzlich veröffentlichte Bereitschaft von Ministerpräsident Koch zur Nachrüstung von Biblis A erfüllt uns mit großer Sorge. Block A in Biblis ist einer der ältesten noch in Betrieb befindlichen Reaktoren in Deutschland. Spätestens seit der Erfahrung mit der Katastrophe in Tschernobyl wissen wir, daß Hypothesen schnell Wirklichkeit werden können. Der GAU (größter anzunehmender Unfall), welcher sich nach Ansicht der Kernkraftwerksbetreiber höchstens alle zehntausend Jahre ereignen könne, wurde schon nach vierzig Jahren kommerziellem Betrieb Wirklichkeit.

Gesundheit, Sicherheitsgefühl und Lebensperspektive der Bevölkerung speziell im unmittelbaren Einzugsbereich des Atomkraftwerks in Biblis muß Vorrang vor Investitions- und Arbeitsplatzargumenten bekommen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde die Region im Umkreis von 50 km für unbegrenzte Zeit als unbewohnbar erklärt. Bickenbach liegt nur 10 km Luftlinie von Biblis entfernt....

Begründung:

(ergibt sich aus dem Text der Resolution)

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 16.12.1999

Nummer: 65/1999.12 eingereicht am 29.11.1999

Antragsgegenstand: **Förderung ökologischer Stromerzeugung**

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde bezieht ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt für DM 80.000 jährlich je zur Hälfte Strommengen aus Photovoltaik-Anlagen (gemäß Tarif Ökoplus S bei der GGEW) und aus regenerativer Erzeugung (Gemäß Tarif Ökoplus R bei der GGEW). Der Stromlieferant muss per Zertifikat eines unabhängigen Institutes belegen, dass die bestellten Strommengen im Lieferzeitraum tatsächlich aus Photovoltaik-Anlagen bzw. aus regenerativer Erzeugung stammen.

Die erforderlichen Finanzmittel sind ab dem Haushalt 2000 regelmäßig bereitzustellen.

2. Gleichzeitig bietet die Gemeinde der GGEW-AG an, bei der anstehenden Sanierung des Bürgerhauses auf dessen Dach eine Photovoltaikanlage zu installieren.

3. Bei der anstehenden Sanierung und den geplanten Erweiterungen der Kläranlage ist die Errichtung eines Blockheizkraftwerks vorallem im Hinblick auf die Erweiterung des Gewerbegebietes und der Erweiterungspläne der 'Deutschen Gesellschaft für Gesundes Leben' zu überprüfen.

Begründung:

Aus Gründen des Schutzes der Lebensgrundlagen hat die Gemeindevertretung sich wiederholt in Resolutionen gegen die Erzeugung von Strom im Atomkraftwerk Biblis ausgesprochen. Die Gemeinde selbst ist Anteilseignerin des örtlichen Energieversorgungsunternehmens GGEW-AG, welche den größten Teil der verkauften Energie aus fossilen Energieträgern sowie aus Atomkraft bezieht. Darin liegt unsere Verantwortung begründet, als Konsumentin Strom aus regenerativer Erzeugung zu beziehen, auch wenn dies wie bei den PrivatverbraucherInnen mit Mehrkosten verbunden ist. Immerhin spart die Gemeinde ja schon seit Mitte 1999 durch die günstige Preisentwicklung auf dem Strommarkt Kosten ein. Die Gemeinde muß mit gutem Beispiel vorangehen.

**Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
in der
Gemeindevertretung Bickenbach**



Antrag

zur Sitzung der Gemeindevertretung am 15.06.2000

Nummer: 79/2000.06 eingereicht am 30.05.2000

Antragsgegenstand: **AKW Biblis**

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Bickenbach richtet folgende Resolution an die Betreiberin des AKW Biblis, die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung:

"Die Entsorgung von abgebrannten Brennelementen des Atomkraftwerks Biblis -wie an allen anderen 12 Standorten von Atomkraftwerken in Deutschland- ist nach wie vor ungeklärt. Abgebrannte Brennelemente werden in übervollen Abklingbecken und Castorbehältern auf den Kraftwerksgeländen in fragwürdiger Weise gelagert. Die für Herbst geplanten Castor-Transporte ihrerseits haben als Ziel die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben. Die jetzt öffentlich gemachte Planung zum Bau eines Zwischenlagers auf dem Kraftwerksgelände in Biblis, welches nicht annähernd den Standard der umstrittenen Zwischenlager in Ahaus und Gorleben erreichen kann, setzt die Bevölkerung in der Umgebung einer weiteren unzumutbaren Gefährdung aus. Nach etwa 35 Jahren kommerzieller Nutzung von Kernenergie ist die Entsorgungsfrage weiterhin ungelöst. Der Weiterbetrieb von Atomkraftwerken stellt eine unwägbare Hypothek für die Zukunft der Menschheit dar.

Die Gemeindevertretung Bickenbach appelliert daher an die Betreiberin des Atomkraftwerks Biblis, den Betrieb der Anlage einzustellen und keine weitere Gefährdung der Bevölkerung aus rein ökonomischen Erwägungen in Kauf zu nehmen. An die zuständigen Genehmigungsbehörden in Land und Bund appelliert die Gemeindevertretung Bickenbach, nicht weitere fragwürdige Ersatzlösungen in der Entsorgungsfrage zuzulassen, welche die Sicherheit und gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung als nachrangiges Gut behandeln."

Begründung:

(ergibt sich aus dem Resolutionstext)